STADTROTINFO

Nr. 26
26. November
2003

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Telefon: 02 01-8 60 29 04, Fax: 02 01-8 60 29 06

PDS

Ohne „Moos“ keine Selbstverwaltung

Auf dem Erlass-Wege hat der Regierungspräsident der Stadt Essen mitgeteilt, dass er die Mittel für Investitionen im Rahmen des Vermögenshaushaltes erst dann festlegen wird, wenn alle geplanten Investitionen nach Prioritäten sortiert sind. Diese Prioritätenliste liegt dem Stadtrat jetzt zur Abstimmung vor. Sie ist letztlich die Bankrotterklärung der kommunalen Selbstverwaltung, denn Gestaltungsspielraum hat der Stadtrat faktisch nicht mehr.

Um überhaupt investieren zu können, muss die Stadt Kredite aufnehmen, die unter dem Genehmigungsvorbehalt des Regierungspräsidenten stehen. Die Hälfte der erwarteten genehmigten „Kreditrate“ ist bereits für den Ausbau von Zollverein gebunden. Daneben schlagen andere begonnene Großinvestitionen wie der prestigeträchtige Saalbau im städtischen Haushalt zu Buche. Und bei den 54 Maßnahmen, die auf der Prioritätenliste aufgeführt sind, handelt es sich bis zur Priorität Nr. 18 um Maßnahmen, „die der Gefahrenabwehr und der unabweisbaren Sicherung städtischen Vermögens dienen“ (Verwaltungsvorlage). Die Liste zieht bis zum 17. Platz.

Unter den fehlenden finanziellen Gestaltungspielräumen der Stadt leiden zu allererst die Einwohner, z.B. weil Straßen nicht instandgesetzt werden, Jugendhäuser nicht renoviert werden, Bahnhöfe verrotten und der Öffentliche Nahverkehr vernachlässigt wird. Neben den Einwohnern sind die örtlichen Klein- und Mittelbetriebe betroffen, weil sie weniger Aufträge von der Stadt erhalten. Weitere Arbeitsplatzverluste drohen.

„Im Westen nichts Neues in den nächsten Jahren,“ so titelte die WAZ zu den Auswirkungen der Prioritätenliste für Altendorf. Und das gilt für die meisten Stadtteile. Kommunale Eigenverantwortung bleibt ein leeres Schlagwort, ehe nicht eine wirksame Finanzreform durchgesetzt ist, die u.a. die vor allem von Großunternehmen gezahlte Gewerbesteuer reaktiviert. Gabriele Giesecke

Abschreckung als Konzept?

Roma nicht ins Lager Overhammshof verlegen!

Am 18.11.2003, kaum eine Woche vor der November-Ratssitzung hat Oberbürgermeister Dr. Reiniger ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Obdachlosen und Aussiedlern und zur Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsagentur für diese Gruppen vorgelegt. Es soll noch auf der Ratssitzung beschlossen werden. Das Konzept schreibt die schon Anfang 2001 erstmals beschlossene, auch von der PDS unterstützte Zielsetzung fort, die betroffenen Personengruppen in Wohnungen unterzubringen. Als inakzeptabel und menschenunwürdig lehnt die PDS jedoch die von der Verwaltungsspitze geplante Ausweitung der Belegung des Flüchtlingsheimes Overhammshof ab, des ehemaligen Kutels in Essen-Heidhausen. Diese Absicht verdreht die Ziele des Konzepts in ihr Gegenteil. Der Overhammshof ist die für Flüchtlinge schlimmste Massen-Unterkunft in Essen.

Offensichtlich geht die Verwaltungsspitze dazu über, bestimmte Gruppen von Flüchtlingen durch miese Unterbringung gezielt abzuschrecken. Es sollen nämlich ausgerechnet 200 Roma in dem Container-Lager untergebracht werden. Die Roma haben noch im letzten Jahr monatelang mit Aktionen für ein dauerhaftes Bleiberecht gekämpft. Die Verwaltung hat oft Schwierigkeiten, Abschiebungen durchzusetzen. Dem soll jetzt womöglich „beigekommen“ werden, indem ihnen der Aufenthalt so unangenehm wie möglich gemacht wird. Eine Gruppe, deren Familien noch heute unzähliger Opfer des Hitler-Faschismus gedenken, in ein stacheldrahtumzäuntes Lager zu pferchen, zeugt dabei von besonderer Instinktlosigkeit.

Besonders empörend: Das einsam gelegene Lager soll gehalten werden, obwohl die Mietverträge für die Container zum 31.10.2003 ausgelaufen sind und die Unterkunft mit 600.000 Euro im Jahr für Mietzins, Wachdienst und Video-Überwachungsanlage eine der teuersten war. Angesichts von 10.000 leerstehenden Wohnungen tritt die PDS-Gruppe dafür ein, die Unterbringung in Wohnungen weiter zu beschleunigen. Das Lager Overhammshof muss endlich geschlossen werden!

Wolfgang Freye

„‚Reform statt Kahlschlag!‘ Gemeinden stärken – Kommunale Arbeitsmarktpolitik erhalten.“ So lautete der Titel einer Diskussionsveranstaltung der PDS am 21.11.2003. Auf dem Podium von links Prof. Dr. Helga Spindler (Sozialrechtlerin), Lothar Bisky (PDS-Parteivorsitzender), Gabriele Giesecke (PDS-Ratsfrau), Beate Behnke-Hahne (Stellv. Leiterin der Kämmerei) und Martina Peil (ver.di-Landesbezirk). Lothar Bisky besuchte in Essen u.a. die Jugendberufshilfe und informierte sich bei der Entwicklungsgesellschaft Zollverein. Am Samstag sprach er auf dem PDS-Landesparteitag in der Gesamtschule Holsterhausen.

Berliner Platz nicht Investoren „opfern“

PDS unterstützt Initiative gegen Einkaufszentrum „Essen Arcaden“

Die Unternehmensberatung Junker & Kruse hat vor kurzem ein Gutachten vorgelegt, dass die PDS-Ratsgruppe in ihrer Auffassung zu dem am Berliner Platz geplanten Einkaufszentrum bestätigt. Es zeigt die Realitäten auf und keine Wunschvorstellungen und macht deutlich, dass der potentielle Arcaden-Bauherr mfi das Projekt „kleinzurechnen“ versucht, um es durchzusetzen. Auch Junker & Kruse gehen davon aus, dass das Einkaufszentren zu deutlichen Kaufkraftverlusten in der Essener Innenstadt führen wird, statt vor allem Kaufkraft in den Nachbarstädten abzuziehen.

Die PDS-Ratsgruppe hat bereits Anfang 2003 darauf hingewiesen, dass ein Einkaufszentrum in dieser Größenordnung zu Lasten des vorhandenen Einzelhandels in Essen gehen wird. Durch die mit 35.000 qm Verkaufsfläche angesetzten ‚Arcaden‘ würde die gesamte Verkaufsfläche in der Innenstadt von 180.000 qm um fast 20 % aufgestockt. Das wird sich für viele Einzelhändler verheerend auswirken. Darüberhinaus werden auch in den Stadtteilen Auswirkungen zu spüren sein, insbesondere in Altendorf.

Ausdrücklich begrüßt die PDS-Ratsgruppe die Aktivitäten der Initiative gegen das geplante Einkaufszentrum und ihre u.a. vom Kulturbeirat, der Agenda AG 1 und dem Runden Umwelttisch unterstützte Stellungnahme. Erfreulicherweise hat sich auch der Einzelhandelsverband der Initiative angeschlossen.

Die Argumente der Initiative sollten nicht vom Tisch gewischt werden, sondern als Chance genutzt werden, aus dem Areal am Berliner Platz etwas Gutes im Interesse der Einwohner/innen der Stadt zu machen, statt leichtfertig die Wünsche eines Investors zum Maßstab der Planungen zu machen, dem es vor allem um eine profitable Kapitalanlage geht.

Die Vorgaben der Bürgerbeteiligung zum Berliner Platz, eine ansprechende Mischung von innenstadtnahmen Wohnen, Freizeit und Erholung sowie kleineren Geschäften zu gestalten, sollten nach wie vor Maßstab eines Entwicklungskonzeptes sein. Darüber sollte z.B. auch mit den Essener Wohnungsbauunternehmen gesprochen werden, was bisher nicht ausreichend geschah.

„Geschmäckle“

Es bleibt auf jeden Fall ein „seltsamer Beigeschmack, wenn das Projekt von vielen Seiten kritisiert wird, aber einige es mit Macht durchsetzen wollen“, wie es in einer Pressemitteilung der PDS vom 14.11.2003 hieß. Das sehen auch die Grünen so, die für die nächste Ratssitzung einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben, in der sie den Stopp sämtlicher Planungen von mfi fordern.

Hintergrund dieses Antrages sind Enthüllungen, nach denen Willi Nowack, gerade gescheiterter langjähriger SPD-Fraktionsvorsitzender, noch engere, finanziell hochdotierte Beziehungen zu mfi hatte, als bisher bekannt. Es ist nur folgerichtig, eine Überprüfung des möglichen Einflusses solcher Beziehungen auf städtische Planungen zu fordern. Ein Antrag der PDS in der September-Ratssitzung, der sich nicht nur auf mfi bezog, ging in die gleiche Richtung. Er soll im Dezember in den Ausschüssen behandelt werden.

Hans-Jürgen Schwartz, Wolfgang Freye

mfi wirbt mit bunten Bildern für „Essen Arcaden“.

Aus dem „Appell zum Berliner Platz/ Universitätsviertel“

In unmittelbarer Angrenzung der Kerncity verfügt die Stadt Essen über ein großes Areal, das enorme Chancen für eine qualitätsvolle urbane Entwicklung bietet. Die im Rahmen eines breiten bürgerlichen Konsenses entwickelte Perspektive eines lebendigen Universitätsviertels droht durch die aktuellen Planungsabsichten der Stadt verloren zu gehen. Der 1999 im Rahmen einer Perspektivenwerkstatt einhellig dokumentierte Bürgerwille war die Schaffung eines gesunden Mix aus Wohnen, Grünanlagen, Einzelhandel, und verschiedenen Dienstleistungen als Verbindungsglied zwischen der Universität und der Kerncity. Großflächiger Einzelhandel auf diesem Gelände wurde hingegen ausdrücklich abgelehnt ...

Die Unterzeichner dieses Appells verkennen nicht die jahrelangen Bemühungen der Verantwortlichen in dieser Stadt, vernünftige Lösungen für eine Neugestaltung des Berliner Platzes und des angrenzenden Geländes zu finden ... Aufgabe der kommunalen Politik muss es jedoch sein, die Initiativen aus der Wirtschaft in ein weitsichtiges und zukunftsfähiges Entwicklungskonzept einzubinden ...

Die Pläne zum Bau des Einkaufszentrums „Essen Arkaden” ... blockieren die Chancen für zukünftige Entwicklungen im Umfeld des Berliner Platzes, insbesondere die seit Jahrzehnten als notwendig und sinnvoll erkannte Verzahnung der Universität und der Innenstadt ...

Die bisherigen Bemühungen um eine Verbesserung des innerstädtischen Lebens werden durch das Einkaufszentrum konterkariert ...

Nachdrücklich fordern die Unterzeichner daher von den politisch Verantwortlichen, auf kurzfristig fragwürdige Investitionsstrategien zugunsten eines langfristigen Konzeptes zu verzichten ...

Den Appell unterstützen bisher (Stand 13.11.2003): Kulturbeirat der Stadt Essen; Bund deutscher Architekten (BDA); Einzelhandelsverband Ruhr e.V.; Agenda-AG 1; Arbeitskreis Essen 2000; Essener Bürgerinitiativen (EBI); Mietergemeinschaft Essen; Runder Umwelttisch Essen (RUTE); Bürgerschaft Essen-Stadtmitte e.V.; Pfarrer Steffen Hunder, evangelische Kirchengemeinde Essen-Altstadt; Pfarrer Dr. Wilhelm Tolksdorf, katholische Parrgemeinde St. Gertrud; Prof. Dr. Barbara Mettler-v.Meibom (Communio/ Uni Duisburg-Essen); Prof. Dr. Wilfried Breyvogel (Uni Duisburg-Essen); Fred London und John Thompson (John Thompson & Partners)

Volksinitiative unterstützen! Absicherung der Kinder- und Jugendförderung

Am 27. November 2003 startet in NRW die Volksinitiative „Zukunft sichern – ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz für alle jungen Menschen in NRW“. Damit fordert die Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW (AGOT), der die landesweiten Vertretungen der Offenen Jugendarbeit der Evangelischen und Katholischen Kirche und das Falken-Bildungswerk angehören, den Landtag auf, die Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich abzusichern.

Anlass sind die geplanten radikalen Kürzungen für die Kinder- und Jugendhäuser im Landeshaushalt um 60 % bis 2005. Der gesamte Förderbereich soll von 30 Mio. Euro auf 12 Mio. Euro heruntergekürzt werden. Zusätzlich werden 3,3 Mio. Euro in den Bereichen „Kooperation mit Schule“ und „Kinder in sozialen Notlagen“ komplett gestrichen. Die AGOT sieht über 2400 Einrichtungen in NRW akut gefährdet, rund 1.000 Fachkräften droht die Arbeitslosigkeit.

Vom 27.11.2003 bis 27.1.2004 werden in den Kommunen Listen zur Unterschrift ausgelegt. Der Landtag muss sich mit dem Thema befassen, wenn rd. 65.000 Menschen (0,5 % der Stimmberechtigten) unterzeichnen. Die Volksinitiative greift aus den vielen geplanten Kürzungen die Kinder- und Jugendarbeit heraus. Allerdings wählt sie mit dem Ziel, aus einer freiwilligen Leistung ein gesetzliche Pflichtleistung zu machen, einen strategisch sinnvollen Ansatz.

Die Empörung über die Kürzungen ist groß. Im Jugendhilfeausschuss wurde bereits einstimmig eine Resolution dagegen verabschiedet, die jetzt auch dem Stadtrat vorliegt. Die PDS-Ratsgruppe beantragt, dass der Stadtrat darüber hinaus die Volksinitiative unterstützt und die Verwaltung auffordert, die Volksinitiative in besonderer Weise der Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit das Quorum von 65.000 Stimmen erreicht wird. Die PDS NRW unterstützt die Volksinitiative bereits.

Auch wir bitten an unsere Leserinnen und Leser: Unterstützt die Volksinitiative mit eurer Unterschrift. Infos auch über die Internetseiten der PDS-Ratsgruppe. *Gabriele Giesecke*

Aus Aussschüssen und Bezirksvertretungen

Bezirksvertretung III

Weiter für Nöggerathbad

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS hat die Bezirksvertretung III sich ein weiteres Mal für den Erhalt des Nöggerathbades ausgesprochen. Die von der Verwaltung vorgelegte Flächennutzungsplan-Änderung und Bebauungsplanung für 90 Ein- und Zweifamilienhäuser wurde abgelehnt, auch die CDU stimmte nicht komplett zu. Mit dem Beschluss sollten 193 Widersprüche gegen die Planung abgelehnt werden, eine rekordverdächtige Zahl. Das machte die Bezirksvertretung mehrheitlich nicht mit.

Herr Müller vom Stadtplanungsamt lobte die Bebauungsplanung als eine der besten, die er je gesehen hat. Überzeugen konnte das nicht. Wörtlich heißt es z.B. in der Vorlage: „Für Altendorf als ‚Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf’ werden mit der Umsetzung des Bebauungsplanes aufgrund der Etablierung einer durchgehenden Grünachse und der Ermöglichung von Wohneigentumsmaßnahmen wichtige Impulse für den Stadtteil erwartet.“ Tatsächlich wird jedoch eine der letzten öffentlich genutzten Grünflächen in Altendorf, insgesamt 4,3 ha, der Öffentlichkeit durch Bebauung entzogen und faktisch privatisiert.

Unklar ist auch, was die Stadt vom Verkauf der Grundstücke überhaupt „im Topf“ behalten wird. Denn die Maßnahmen zur Bauvorbereitung sind viel umfangreicher, als geplant. So muss wahrscheinlich ein großer Teil der Fläche befestigt werden – zu Lasten des Verkaufspreises.

Auch die nächste Sitzung des Stadtplanungsausschusses wird sich mit der Vorlage befassen. Voraussichtlich im Januar wird sie im Rat vorliegen. Die BI Essen-West hat dazu aufgerufen, die Ausschusssitzung am Donnerstag, 4. Dezember, zu besuchen. Sie ist um 15.00 Uhr im Rathaus, Raum Sunderland.

Wolfgang Freye

Allbau AG: Drastische Mieterhöhung

Die PDS-Ratsgruppe hat sich gegen die für den 1. Februar 2004 angekündigte, mit bis zu 9 % drastische Mieterhöhung für Allbau-Mieter gewandt. Die Befürchtungen des Allbau-Bürgerbegehrens im Jahre 2000 scheinen sich jetzt leider zu bewahrheiten: Die Mieter sollen die Zeche des stadtinternen Verkaufs der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zahlen, nämlich Zinsen und Tilgung für die Kreditaufnahme, die mit dem Verkauf verbunden war. 3.000 Mieterinnen und Mieter sind angeschrieben worden, viele von ihnen erhalten die dritte Mieterhöhung seit dem Jahr 2000.

PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke: „Wir halten die Mieterhöhung schlicht für unsozial. Die Allbau AG als städtischer Wohnungsbaugesellschaft darf nicht als Haushaltsreserve mißbraucht werden, was die damalige SPD-Mehrheit im Rat aber getan hat.“

Im übrigen wird ein Teil der Mieterhöhungen nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ versickern. Für Sozialhilfeempfänger, die von den Mieterhöhungen betroffen sind, müssen die erhöhten Mieten vom Sozialamt übernommen werden. Wohngeldempfänger werden Anträge auf höheres Wohngeld stellen.

Hans-Jürgen Schwartz

Termine

Montag, 1. Dezember
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 2. Dezember
Das Ende der Neutralität. Imperiales Gewaltmonopol, Nicht-Regierungsorganisationen und soziale Bewegungen im Weltordnungskrieg. Veranstaltung von Zeche Carl, Hannah-Arendt-Bildungswerk und FiFa. 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilh.-Nieswandt-Allee 100

Samstag, 6. Dezember
Soziale Demontage, Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte – Möglichkeiten des Widerstandes. Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Ab 11.00 Uhr, Frieda-Levy-Gesamtschule, Klosterstr. 13.

Montag, 8. Dezember
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 10. Dezember
Umbau des Rentensystems. Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Bündnisses Soziale Bewegung mit Prof. Dr. Gerhard Bäcker. 17.00 Uhr, DGB-Haus Essen, Schützenbahn 11–13

„Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“ *PDS-Mitgliederversammlung* zum Europa-Wahlprogramm. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Samstag, 13. Dezember
Klausur-Tagung der PDS-Ratsgruppe zur Planung 2004. 12.00 Uhr, Büro der PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1

Aus dem Rat

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt der Ratssitzung vom 15. Oktober 2003 war der Sachstandsbericht der Verwaltung zum Projekt **Zollverein**. Der Rat hatte sich in seiner Sitzung am 23.7.2003 einstimmig zum Projekt bekannt, aber auch einen Sachstandsbericht eingefordert. Aber das, was erwartet wurde – Transparenz im ganzen Projekt – wurde leider nicht geliefert. Gravierend aus PDS-Sicht ist vor allem, dass weiterhin die Verantwortlichkeiten nicht definiert sind. Das vom Rat geforderte Organigramm zum Gesamtprojekt liegt bis heute nicht vor. Es wurde letztendlich nur ein Zahlenwerk vorgelegt. Von einem Projektkonzept, welches als Arbeitsgrundlage notwendig ist, scheint man weit entfernt zu sein.

Die jetzt bekannt gewordenen Verzögerungen bei der Entry bestätigen das fehlende Projektcontrolling bei der EGZ, welches die PDS-Ratsgruppe in einem Antrag zur kommenden Ratssitzung einfordert, verbunden mit einem Soll-Ist-Abgleich und unter Einbeziehung von externen Experten.

Die „gute Stube" Essens, der **Saalbau**, soll nun nochmals ca. 7,6 Mio Euro teurer werden, als bisher geplant. Man spricht von unvorhersehbaren Zusatzleistungen wie der Kupferdachsanierung, notwendigen Brandschutzmaßnahmen, Denkmalschutzauflagen und sogenannten baulichen und betrieblichen Optimierungsleistungen. Einige Maßnahmen sind nachvollziehbar, aber beim letztgenannten Punkt, 1,65 Mio. Euro, handelt es sich ganz einfach gesagt um Leistungen, mit dehnen der Saalbau als Kongresssaal nutzbar gemacht werden soll. Bei diesem Punkt kann man nun wirklich nicht von unvorhersehbaren Leistungen sprechen.

Die Sprecherin der PDS-Ratsgruppe meinte dazu: „Wir fühlen uns und die Öffentlichkeit getäuscht, wenn Baukosten erst als Festpreis beschlossen werden, der Rat dann aber über erhebliche Kostensteigerungen erst unterrichtet wird, wenn ein Teil bereits eingeleitet ist." Die PDS lehnte die Vorlage zur Annahme der Kostensteigerung ab.

Impressum:

„Stadtrotinfo", Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906
www.pds-essen-im-rat.de,
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

Zollverein brennt

JEDER weiß es und KEINER sagt es! Was nun?

Der folgende Text wurde uns von Markus Sommer von INIT-Z zur Verfügung gestellt. Inzwischen hat Professor Zec, Direktor des Designzentrums, den Termin der für 2005 geplanten Design-Weltausstellung Entry in Frage gestellt. Der aufwendige, teure Umbau der Kohlenwäsche wird bis dahin nicht viel weiter als im Rohbau-Zustand sein. Gleichzeitig stellt sich für das Ruhrland-Museum die Frage, ob die Räumlichkeiten ausreichen – sie sind mit 4.000 qm Nutzfläche kaum größer, als die bisherigen, zu kleinen Räume an der Alfredstrasse. Vor diesem immer alarmierenderen Hintergrund hat die PDS-Gruppe das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung setzen lassen. Immerhin geht es um ein 142 Mio. Euro-Projekt, bei womöglich die Rückzahlung von Fördermitteln droht.

Die aktuelle Gesamtsituation auf Zollverein besteht aus unklaren Strukturen, fehlender Transparenz und letztendlich fehlt bei den angedachten Projekte der Status sowie ein Soll-/Ist-Abgleich.

Der ausgewiesene Zeitplan in den Mittelanträgen kann fast nicht mehr eingehalten werden. Hinzu kommt, dass ausgesprochene Visionen (wie bspw. das Hotel Europa) aufgrund von mangelhafter Vorbereitung gescheitert sind, bzw. kurz vor dem Scheitern stehen.

Dem Weltkulturerbe fehlt ein Projektmanagement, sowie ein Projektcontrolling, was zumindest die täglichen Geschehnisse auf Zollverein regeln könnte und müsste. Diese desolate Situation hatte die Projektgruppe INIT-Z bereits am 12. April 2002 zum ersten Mal öffentlich beschrieben und um Unterstützung gebeten. Mehrere Versuche, der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Zollverein (EGZ) mit konkreten Maßnahmen zur Seite stehen zu wollen, wurden seitens der EGZ sofort verworfen.

Die wichtigsten Argumente der Projektgruppe INIT-Z lauten:

- Es gibt kein zentrales „Centermanagement" auf Zollverein. Hier muss ein klares Konzept erstellt und abgearbeitet werden.
- Die Websites der EGZ und der Stiftung Zollverein stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Internationale Kooperationen und Investoren machen zumindest eine zusätzliche Version in englischer Sprache unabdingbar.
- Die seit über einem Jahr diskutierte und beschlossene Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Zollverein und der EGZ findet nicht statt. Es existiert bis heute kein Entwurf eines Vertrages, der diese Kooperation regelt.
- Als der Rat der Stadt Essen in der Sitzung am 23. Juli 2003 längst überfällige Fragen gestellt hatte, konnten keine konkreten Antworten gegeben werden. Bis heute fehlen Aussagen zu einem umfassenden Soll-/Ist-Abgleich sowie Informationen über die konkreten Projektstände. Wie sollen Investoren für das Gelände begeistert werden, wenn man keine harten Fakten präsentieren kann. Insofern muss ein entsprechendes Marketingkonzept dringend entwickelt werden.
- Ein nachhaltiges Projektcontrolling existiert faktisch nicht und muss umgehend installiert werden. Zollverein ist Weltkulturerbe geworden! Gerade in den schwierigen Zeiten sollte man solche öffentlichkeitswirksamen Kulturstätten mit entsprechender Nachhaltigkeit und Umsicht zu einem Glanzlicht für die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürgen werden lassen. Wer sich hier unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit versteckt, begeht nicht nur eine Lüge, vielmehr werden Chancen vertan und Möglichkeiten zur Stabilisierung der desolaten Stadtsituation verpuffen. Das kann sich heute niemand erlauben, schon gar nicht die gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Essen. Wer hier schweigt, obwohl die Lage bekannt ist und durch die engagierte Projektgruppe INIT-Z seit nunmehr 1½ (anderthalb!) Jahren öffentlich diskutiert wird, macht sich schuldig und hat eine Wiederwahl nicht verdient ...

Zollverein brennt – und es wird verbrennen, wenn nicht jetzt etwas geschieht.

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....

Name, Vorname Straße

.....

Postleitzahl, Ort Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.